

Anträge an das Positionspapier

Rückweisungsantrag: Sarah-Sophia Varela (Stadt Bern), Lukas Nyffeler (Stadt Bern), Helena Winnall (Stadt Zürich), Ariane Müller (Aargau), Kevin Wolf (Stadt Bern), Severin Stalder (Luzern), Dersu Heri (Genf)

Das von der GL vorgeschlagene Positionspapier zum "Freihandel" ist nationalistisch und schürt Illusionen in den Staat der KapitalistInnen. Die vorgeschlagenen Alternativen liegen dementsprechend alle im Rahmen des kapitalistischen Systems. Hinzu kommt, dass die brennende Aktualität bezüglich dieses Themas - der drohender Handelskrieg - völlig abwesend ist. Mit einzelnen Anträgen könnten diese verheerenden Mängel nicht ausreichend aufgezeigt und noch weniger korrigiert werden. Somit ist dieser Rückweisungsantrag notwendig.

Wir möchten an dieser Stelle versuchen, unsere drei Hauptkritikpunkte zusammenzufassen:

1. Nationalismus

An zahlreichen Stellen wird etwa die "nationalstaatliche und politisch-demokratische Kontrolle" (Z. 14), der "Schutz von inländischen Wirtschaftsbereichen von auswärtigen Wirtschaftsakteur*innen" (Z. 156), "Schutzmassnahmen für die eigene Volkswirtschaft" (Z. 108) oder die "staatliche Souveränität in Sachen nationaler Wirtschaftspolitik" (Z. 109) gefordert.

Damit verteidigt die GL eines der reaktionärsten Elemente der kapitalistischen Ordnung: den Nationalstaat. Zunächst einmal bedeutet die Verteidigung der "eigenen Volkswirtschaft" und der "nationalen Wirtschaftspolitik" immer eine Verschleierung der Klassengegensätze: Unter dem Kapitalismus richtet sich jede Volkswirtschaft nach den Interessen der KapitalistInnenklasse, die ihre Profite auf Kosten der Lohnabhängigen und Jungen verbuchen. Auch die "sogenannten 'Entwicklungsländer'" haben gemäss der GL ein einheitliches Interesse: Diese sollen nämlich einerseits durch Handelshemmnisse, andererseits durch Verhandlungen verteidigt werden. Doch die GL verkennt völlig, dass auch "Entwicklungsländer" in Klassen gespalten sind, die gegensätzliche Interessen vertreten. Kurz: Durch die Verteidigung des Nationalstaates verhindert die GL eine Analyse und schliesslich Lösungen, welche die internationale ArbeiterInnenklasse in ihrer Ganzheit verteidigt.

Der Nationalstaat, wie wir ihn heute verstehen, wurde mit der Entwicklung des Kapitalismus aus dem Feudalismus gegründet, sehr oft auf willkürliche Weise (siehe beispielsweise die afrikanischen Grenzen). Heute ist der Nationalstaat ein Hindernis für die Entwicklung der Produktivkräfte, da er beispielsweise zu Wettbewerb zwischen den Staaten und Einwanderungskontrollen führt. Er wirkt auch als Hemmschuh für die Entwicklung der menschlichen Kultur, indem er einen giftigen Nationalismus fördert, die freie Niederlassung der Menschen und die Vermischung ihrer Kulturen einschränkt.

Die Schaffung von Freihandelszonen, wie der Europäischen Union, ist ein Eingeständnis der Bourgeoisie, dass die wirtschaftliche Entwicklung im Kapitalismus den Abbau

nationaler Schranken erfordert; und zum Beispiel die gegenwärtige Krise der Eurozone ist ein Beweis dafür, dass die Aufhebung nationaler Barrieren im Kapitalismus unmöglich ist.

Der Sozialismus hingegen ist ein System, das die ArbeiterInnenklasse über die Grenzen hinweg vereint und nationale Barrieren und den Wettbewerb zwischen den Staaten niederreisst. Das bedeutet nicht die Zerstörung lokaler Unterschiede und Kulturen - die Vereinigung verschiedener Regionen innerhalb eines Staates im Sozialismus würde ihre Individualität nicht zerstören; sie zerstört einfach die künstliche Steuer, die Migration und andere Barrieren zwischen den Menschen. Insofern bedeutet Internationalismus, Hindernisse für die Zusammenarbeit zwischen Menschen unterschiedlicher Nationalität zu beseitigen.

Mit ihrem Positionspapier bleibt die GL gänzlich im Rahmen des kapitalistischen Systems. Wer den Nationalstaat stützt, stellt sich gegen den Sozialismus! Aus diesem Grund können wir als JungsozialistInnen auf keinen Fall einem solchen Positionspapier zustimmen.

2. Staatsgläubigkeit und Stellvertreterpolitik

In diesem zweiten Punkt kritisieren wir, dass für die GL die Lösungen ausschliesslich in den Mechanismen des bürgerlichen Staates liegen. Dafür steht der Satz in Zeile 24 symbolisch: "Zölle, Importquoten oder minimale Herstellungsbedingungen in Sachen Arbeit und Umweltnormen wären dabei Mittel, um diese internationalen Handelsaustausche zu kontrollieren." Dabei begeht die GL zwei entscheidende Fehler:

Erstens, die GL geht dem bürgerlichen und reformistischen Märchen des *neutralen Staates* auf den Leim. Die Hauptaufgabe des Staates liegt in der Aufrechterhaltung der herrschenden Ordnung. Der *bürgerliche* Staat verteidigt also die *bürgerliche* Ordnung. In der Folge sind die kapitalistischen Interessen tausendfach mit dem Apparat des bürgerlichen Staates verschränkt. Dies hat klare Konsequenzen für die "Lösungsvorschläge" der GL: An verschiedenen Stellen wird beispielsweise gefordert, dass der Import kontrolliert oder Normen geschaffen werden sollen. Doch wie zuvor gesagt, sind die Mechanismen des bürgerlichen Staates wie Importzölle oder Normen in letzter Instanz unter der Kontrolle der KapitalistInnen.

Natürlich können auch im bürgerlichen Staat Massnahmen durchgesetzt werden, die gegen die Interessen der KapitalistInnen gehen. Doch diese müssen erkämpft werden und zwar durch die Massen der arbeitenden und jungen Menschen. Dies führt direkt zum zweiten Punkt:

Im ganzen Positionspapier der GL fehlt jeglicher Ansatz, wie die ArbeiterInnenklasse und die Jugend gegen den durch die KapitalistInnen kontrollierten, zerstörerischen Handel organisiert werden könnte. Dies ist eine direkte Folge der blinden Staatsgläubigkeit der GL: Der Kampf gegen die kapitalistischen Interessen wird gänzlich in den bürgerlichen Staat hineinverlagert. Somit ersetzen ParlamentarierInnen, welche über Zölle und Normen verhandeln, die Jungen und Lohnabhängigen, welche für ihre Lebensbedingungen eintreten.

Dies ist reinste reformistische Stellvertreterpolitik! Auch hier bleibt die GL gänzlich im Rahmen des Kapitalismus, denn mit Stellvertreterpolitik wird kein System überwunden. Aus diesem Grund können wir als JungsozialistInnen auf keinen Fall einem solchen Positionspapier zustimmen.

3. Aktualität

Zuletzt ist für uns klar: ein solches theoretisches Papier muss sich immer an den realen Begebenheiten und der Aktualität orientieren. Wer momentan zu Handelspolitik schreibt, kommt nicht darum herum, den zunehmenden Protektionismus - vor allem der USA - zu thematisieren. Dennoch schafft es die GL, mit keinem Wort darauf einzugehen. Noch schlimmer, in Zeile 124 behauptet die GL, dass "Heutzutage die Kapitalist*innenklasse volles Interesse daran (hat), einen ungezügeltten Freihandel zu unterstützen". Das schrammt brutal an der Aktualität vorbei.

Jahrzehntelang wuchs der Welthandel viel schneller als die Produktion und lieferte die treibende Kraft für das Wachstum der Weltwirtschaft. In der letzten Zeit hat sich das Wachstum des Welthandels jedoch auf ein niedrigeres Niveau als das Wachstum des BIP verlangsamt. Der Welthandel in Prozent des BIP erreichte in den Jahren 2008 und 2011 zweimal den Höchststand von 61%, ist aber seither im Sinkflug (Quelle: Weltbank).

Ob protektionistische Massnahmen getroffen werden oder der Freihandel gefördert und gefordert, ist keine Entscheidung die die Staaten unabhängig von ihrer realen ökonomischen Situation treffen. Zurzeit herrscht weltweit eine Situation der Überkapazität. Nicht nur, dass Produziertes nicht mehr abgesetzt werden kann, aber ein grosser Teil der Anlagen weltweit kann aufgrund der fehlenden Absatzmärkte (sprich: Überproduktion) nicht mehr voll ausgelastet werden. So soll der Protektionismus der USA dafür sorgen, die Profite der US-amerikanischen Kapitalisten im Binnenmarkt zu sichern - und nicht etwa die Lohnabhängigen vor Entlassung schützen.

Wir unterstützen weder Freihandel noch Protektionismus, denn beide werden lediglich im Interesse der Herrschenden unterschiedlich angewandt. Das gegenwärtige Aufkommen des Protektionismus ist Teil der weltweiten Wirtschaftskrise. Doch gleichzeitig führt er direkt in die nächste Krise: Ein Handelskrieg könnte zu einem deutlichen Rückgang des Handelsvolumens führen, der die Weltwirtschaft in eine besonders schwere Rezession stürzen würde. Ein solcher protektionistischer Anstieg würde vor allem auf dem Rücken der Schwächsten ausgetragen werden. Dem setzen wir die konsequente Verteidigung der Interessen der internationalen ArbeiterInnenklasse entgegen.

Ob Protektionismus oder Freihandel - wir SozialistInnen betrachten diese Phänomene nie isoliert von der herrschenden Realität! Deshalb gilt es dieses Positionspapier abzulehnen.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: ablehnen

Begründung: Die Explosion des Handels ist eine zentrale Tatsache der letzten 70 Jahre, vor allem aber der letzten 30 Jahre. Es ist wichtig, eine klare Vorstellung davon zu haben, was das ist, welche Folgen und Reaktionen möglich sind, zumal es unter anderem auch wegen dieser wirtschaftlichen Entwicklung ist, dass die gesamte traditionelle Linke im Westen im Jahr 2018 so zerrissen ist.

Die Geschäftsleitung der JUSO Schweiz findet die Bereitschaft der Antragstellenden bedauerlich, nicht in die Diskussion über das Papier einzusteigen, sondern es direkt abzulehnen, zumal es möglich war, Änderungsanträge an den Inhalt zu schreiben. Die Antragstellenden kritisieren beispielsweise das Fehlen einer Erklärung über die mögliche Rückkehr eines weniger offenen Wirtschaftssystems mit mehr Protektionismus. Obwohl dieser Punkt nicht besonders diskutiert wird, wird dennoch im Papier erwähnt, welches die Grenzen des Protektionismus als solcher sind:

"Der Gegensatz zwischen Protektionismus und Freihandel für ein Industrieland wie uns ist jedoch nicht als solcher relevant. Protektionismus, wenn seine sozialen oder ökologischen Erwägungen gleich Null sind, begünstigt das nationale Kapital, während der Freihandel das internationale Kapital begünstigt. In beiden Fällen bleiben die Verlierer die gleichen: die Arbeiter." (125-129)

Die Aktualität ist auch bei der Themenwahl sehr zentral. Aber für uns basiert die Aktualität nicht bloss auf den Schlagzeilen, die einen zukünftigen Handelskrieg beschreiben, denn Trump ist sehr volatil und teilweise regelrecht unberechenbar, unsere Lesart der Aktualität basiert auf 1) der ständig wachsenden Zahl von Freihandelsabkommen (und ihren Auswirkungen auf uns) 2) den Zahlen der wirtschaftlichen Verflechtung auf globaler Ebene. Diese Zahlen, die von der Weltbank stammen können, können von Jahr zu Jahr Schwankungen aufweisen, aber objektiv gesehen ist der Anteil des BIP am Warenhandel seit 1990 in 25 Jahren um 10 Punkte gestiegen, was monströs ist. Die Tendenz dieser Zahl ist sicherlich nicht rückläufig, zwar ist das Wachstum des internationalen Handels geringer als zuvor, aber es ist eine Tatsache, dass der internationale Handel 2018 massiv ist und Auswirkungen auf alle nationalen Politiken hat.

Was die Rolle des Staates im internationalen Handel betrifft, so können wir zweifellos sagen, dass wir alle für eine Welt eintreten, in der das Konzept des Nationalstaats zugunsten einer universellen sozialistischen Republik verschwunden ist. Leider ist dieses Projekt kurz- und mittelfristig schwer zu realisieren. Es gibt bestehende politische Institutionen, sie sind nicht völlig neutral und die Besitzenden sind an der Macht, aber sie bleiben nichtsdestotrotz veränderbar und können deshalb nützlich für uns sein. Es ist illusorisch zu sagen, dass sie intrinsisch der Kapitalistenklasse angehören und dass wir daher in politischen Institutionen nichts zu suchen hätten.

Die politischen Institutionen bieten einen qualitativ hochwertigen Service Public, Sozialversicherungen und Renten. Aus ökonomischen und sozialen Gründen gegen ihre Verwendung zu sein, ist kontraproduktiv, denn wir wollen das Leben der Menschen nicht nur langfristig, sondern auch hier und jetzt verändern. Leider ist es die Verflechtung der Märkte, die unseren Kampf immer schwieriger macht, denn die Öffnung der Grenzen für Waren bedeutet, das Kapital international dumpfen zu lassen und Staaten zu nutzen, die keinen Arbeitsschutz haben, wie wir ihn im Westen erworben haben. Das Prinzip der Souveränität lässt sich daher wie folgt zusammenfassen: wir müssen eine Demokratie wiederzuerlangen, die angesichts der souverän gewordenen globalen Märkte verloren gegangen ist.

Wenn wir schließlich über die Länder des globalen Südens sprechen, ist klar, dass die internationalen Handelsregeln das interne Funktionieren dieser Länder bestimmen und sich auf die Verteilung der dort bestehenden Machtverhältnisse auswirken. Wir müssen erkennen, dass unter anderem der bestehende Freihandel dazu führt, dass es den Völkern des globalen Südens erschwert wird, angesichts der herrschenden Klasse, die sie unterdrückt, Macht zu erlangen. Die politische Macht im Westen ist dafür mitverantwortlich.

A1: Jasmine Bosshard (JUSO BL), Noam Schaulin (JUSO BL), Jeff Carow (JUSO BL)

Zeile 41: *Von 1815 bis 1914 können wir demzufolge zwischen 5 Phasen unterscheiden¹:*

ändern zu

Die Zeit von 1815 bis 1914 kann in 5 Phasen unterteilt werden¹

Begründung: demzufolge ohne Bezug.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: annehmen

A2: Jasmine Bosshard (JUSO BL), Noam Schaulin (JUSO BL), Jeff Carow (JUSO BL)

Zeile 52: *Krise durch Weltwirtschaftskrise ersetzen*

Begründung: Kurz klarmachen, um welche Krise es sich handelt.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: annehmen

A3: Jasmine Bosshard (JUSO BL), Noam Schaulin (JUSO BL), Jeff Carow (JUSO BL)

Zeile 74: *TiSA: Das Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen soll den Dienstleistungsmarkt liberalisieren und Staaten ...*

ändern zu

TiSA: Das Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen soll den Dienstleistungsmarkt zwischen 23 Staaten, unter anderem der USA, den Mitgliedern

Europäischen Union, der Schweiz und Australien liberalisieren. Damit sollen Staaten daran gehindert werden ...

Begründung: Vertragsparteien nennen und überlangen Satz auftrennen.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: annehmen

A4: Jasmine Bosshard (JUSO BL), Noam Schaulin (JUSO BL), Jeff Carow (JUSO BL)

Zeile 215: *die Arbeiter*innen des betroffenen Unternehmens ein Vorkaufsrecht bekommen.*

ändern zu

*die Arbeiter*innen des betroffenen Unternehmens ein Vorkaufsrecht auf die Produktionsmittel bekommen.*

Begründung: Klar machen, dass die Fabriken und nicht die Produkte gemeint sind.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: annehmen

A5: Jasmine Bosshard (JUSO BL), Noam Schaulin (JUSO BL), Jeff Carow (JUSO BL)

Zeile 224: *Für einen protektionistischen Altruismus*

ändern zu

Für einen altruistischen Protektionismus

Begründung: Oben verwendeten Begriff beibehalten.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: annehmen

A6: Jasmine Bosshard (JUSO BL), Noam Schaulin (JUSO BL), Jeff Carow (JUSO BL)

Zeile 230: *Die Punkte Für die Ernährungssicherheit und Kein destruktiver Wettbewerb – den Zugang zu lokalen Märkten für lokale Produzent*innen garantieren*

streichen und ersetzen durch

Für die Ernährungssicherheit – Gegen destruktiven Wettbewerb

*Die Staaten müssen fähig sein, ihre eigene Agrarpolitik zu definieren, um eine lokale, umweltfreundliche und auf kurzen Kreisläufen basierende Landwirtschaft zu garantieren. Landwirt*innen müssen einen privilegierten Zugang zu lokalen Märkten haben und der Unsinn von Importen einiger Nahrungsmittel über zehntausende Kilometer hinweg muss aufhören.*

Jegliche Ausfuhr, die zu unlauterem Wettbewerb mit der lokalen Produktion in weniger entwickelten Ländern führt, muss gestoppt werden. Solche Praktiken verhindern die wirtschaftliche Entwicklung der betroffenen Länder und sind in einer Perspektive der internationalen Kooperation totaler Unsinn. Es ist unabdingbar, Produktion und Konsum so stark wie möglich zusammenzurücken

Begründung: Die Forderungen sind inhaltlich beinahe identisch und sollten daher zu einem zusammengefasst werden.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: annehmen

A7: Jasmine Bosshard (JUSO BL), Noam Schaulin (JUSO BL), Jeff Carow (JUSO BL)

*Fussnote 2: Ein Schiedsgericht ist eine Art, Konflikte zwischen einem Staat und einer privaten Institution zu lösen, ausserhalb der nationalen juristischen Instanzen, wessen Entscheidung nicht von nationalen Gerichten angefochten werden kann. Es besteht aus mehreren Schiedsrichter*innen, die über das Schiedsverfahren befinden müssen.*

ändern zu

*Ein Schiedsgericht ist eine Art, Konflikte zwischen einem Staat und einer privaten Institution ausserhalb der nationalen juristischen Instanzen zu lösen. Die Entscheidungen des Schiedsgerichtes sind nicht von nationalen Gerichten anfechtbar. Es besteht aus mehreren Schiedsrichter*innen, die über das Schiedsverfahren befinden müssen.*

Begründung: Text unnötig kompliziert geschrieben.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: annehmen

REDAKTIONELL

RA1: Jasmine Bosshard (JUSO BL), Noam Schaulin (JUSO BL), Jeff Carow (JUSO BL)

Zeile 37: *Verschiedenen...* ändern zu *Verschiedene...*

Stellungnahme der Geschäftsleitung: annehmen

RA2: Jasmine Bosshard (JUSO BL), Noam Schaulin (JUSO BL), Jeff Carow (JUSO BL)

Zeile 39: *das heisst ihre ...* ändern zu *das heisst, ihre*

Stellungnahme der Geschäftsleitung: annehmen

RA3: Jasmine Bosshard (JUSO BL), Noam Schaulin (JUSO BL), Jeff Carow (JUSO BL)

Zeile 83: *Die Wirtschafts- und geopolitische Macht* ändern zu *... die wirtschaftliche und geopolitische Macht*

Stellungnahme der Geschäftsleitung: annehmen

RA4: Jasmine Bosshard (JUSO BL), Noam Schaulin (JUSO BL), Jeff Carow (JUSO BL)

Zeile 92: *aber: die* ändern zu *aber: Die*

Stellungnahme der Geschäftsleitung: annehmen

RA5: Jasmine Bosshard (JUSO BL), Noam Schaulin (JUSO BL), Jeff Carow (JUSO BL)

Zeile 97: *Grossinvestoren* ändern zu *Grossinvestor*innen*

Stellungnahme der Geschäftsleitung: annehmen

RA6: Jasmine Bosshard (JUSO BL), Noam Schaulin (JUSO BL), Jeff Carow (JUSO BL)

Zeile 102: *massiv* streichen

Stellungnahme der Geschäftsleitung: annehmen

RA7: Jasmine Bosshard (JUSO BL), Noam Schaulin (JUSO BL), Jeff Carow (JUSO BL)

Zeile 104: *massiv* ändern zu *heftig*

Stellungnahme der Geschäftsleitung: annehmen

RA8: Jasmine Bosshard (JUSO BL), Noam Schaulin (JUSO BL), Jeff Carow (JUSO BL)

Zeile 101: *“Entwicklungsland“ voranzutreiben* ändern zu *“Entwicklungsland“ verstärkt voranzutreiben*

Stellungnahme der Geschäftsleitung: annehmen

RA9: Jasmine Bosshard (JUSO BL), Noam Schaulin (JUSO BL), Jeff Carow (JUSO BL)

Zeile 133: *schwere Folgen nach sich trägt.* ändern zu *schwere Folgen nach sich zieht.*

Stellungnahme der Geschäftsleitung: annehmen

RA10: Jasmine Bosshard (JUSO BL), Noam Schaulin (JUSO BL), Jeff Carow (JUSO BL)

Zeile 157: *Wasser etc)* ändern zu *Wasser, etc.)*

Stellungnahme der Geschäftsleitung: annehmen

RA11: Jasmine Bosshard (JUSO BL), Noam Schaulin (JUSO BL), Jeff Carow (JUSO BL)

Zeile 219: *staatlichen Kompetenzen in jeglichem Sektor verkleinern will, ändern zu staatlichen Kompetenzen in egal welchem Sektor verkleinern will,*

Stellungnahme der Geschäftsleitung: annehmen